

## Anlage 2-2

BEISPIELHAFTE PRÄSENTATION UND DISKUSSION DER LEBENSITUATION  
IN EINEM HERKUNFTSLAND: DIE UKRAINE

1. Einleitung
2. Vorbemerkung zu den Quellen
3. Derzeitige Situation der Ukraine
  - 3.1. Die wirtschaftliche Lage allgemein
  - 3.2. Stockende Privatisierung und Ausbleiben von Investoren
  - 3.3. Armut
  - 3.4. Die Schattenwirtschaft
4. Hindernisse auf dem Weg der Reform
  - 4.1. Historisch bedingte Zweiteilung des Landes
  - 4.2. Wirtschaftlich-politischer und regional-sektoraler Interessenfilz im Spiegel der Parteien
  - 4.3. Der schwache Staat
  - 4.4. Die Rolle des Organisierten Verbrechens ("Mafiya")
  - 4.5. Ausblick
5. Emigration
6. Lösungsperspektiven

## Eigene Bibliographie

- Anhang 1: Auszug aus dem globalen Human Development Report (1998)  
Anhang 2: Auszug aus dem nationalen Human Development Report für die Ukraine (1996): The informal economy  
Anhang 3: Auszug aus dem nationalen Human Development Report für die Ukraine (1996): Measuring Poverty

## VERWENDETE ABKÜRZUNGEN (cf. hierzu auch unten, Bibliographie)

FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung  
 FFM: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration  
 FT: Financial Times  
 HDR: Human Development Report Ukraine (s.u. Bibliographie: UNDP)  
 HIZ: Handbuch für internationale Zusammenarbeit  
 IMF: International Monetary Fund  
 IOM: International Organisation for Migration  
 NZZ: Neue Züricher Zeitung  
 OECD/FDI: Organisation for Economic Co-Operation and Development/Foreign Direct Investment  
 OECD/ST: OECD/Statistics in Transition  
 SWP: Stiftung Wissenschaft und Politik  
 SZ: Süddeutsche Zeitung  
 TOC: Trends in Organized Crime  
 UCPCRS: Ukrainian Center for Peace, Conversion and Conflict Resolution Studies  
 UNDP: United Nations Development Programme

---

### 1. EINLEITUNG

Nimmt man die Aufgriffszahlen 'illegaler' Immigranten durch die Leipziger Behörden als Indikator, so nehmen ukrainische Migranten in Leipzig seit 1994 eine zunehmend dominante Position ein (cf. I/4.1.4.2.<sup>1</sup> und Anlage 1-3). Daß es sich hierbei um eine der größten Migrantengruppe handelt, wurde auch durch die zufällige Stichprobe der empirischen Feldstudie zum vorliegenden Forschungsprojekt bestätigt, wo ukrainische Migranten 25% aller 'illegalen' Gesprächspartner ausmachten (cf. I/4.1.1.).

Aus diesem Grund war es naheliegend, die hauptsächlichen Emigrationsgründe, die in den Erzählungen dieser Personengruppe im Vordergrund standen, unter Hinzuziehung anderer Quellen zu überprüfen. Immer wieder angegeben wurden:

- die zunehmend prekäre wirtschaftliche Lage, vor allem Unterbeschäftigung und Unterbezahlung ohne Aussicht auf Verbesserung,
- die Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Umständen für Familie und Eltern sorgen zu können,
- die zunehmend negativen Einflüsse kriminell - mafiöser Gruppen sowohl auf Wirt-

---

<sup>1</sup>Im nachfolgenden Text enthaltene Verweise, denen eine römische Ziffer vorgestellt ist, beziehen sich auf die Hauptteile und Kapitel des Forschungsberichts.

schaft und Gesellschaft, als auch auf Individuen<sup>2</sup>.

Da sich die folgende Untersuchung vor allem mit den negativen Aspekten des derzeitigen Lebens in der Ukraine beschäftigt ist anzunehmen, daß zweifellos vorhandene, positive Aspekte und Entwicklungen in der Transformationsentwicklung dieses Landes ungebührlich vernachlässigt werden. Zum Beispiel die unbestreitbare Tatsache, daß die Ukraine von allen Staaten der ehemaligen Sowjetunion bislang die stabilste Neugründung ist. Sie konnte "akute politische Probleme ohne Gewaltanwendung und sonstige verfassungswidrige Maßnahmen lösen" [Rasumkow: 1]. Dies ist umso bewundernswerter, da die bislang sieben Jahre der neuen Selbständigkeit die längste Phase staatlicher Souveränität seit der Zerschlagung des Kiewer Rus durch die Tataren 1240 sind und bei der Unabhängigkeitserklärung kaum ein namhafter Analytiker und Politiker der Ukraine eine nennenswerte Überlebenschance zwischen dem Westen und der Russischen Föderation zugebilligt hätte. Angesichts dieser Tatsache soll auch an dieser Stelle an die erste Zeile der ukrainischen Nationalhymne erinnert werden: "Noch ist die Ukraine nicht gestorben" [cf. FT.I, SZ 11.5.98]

## 2. VORBEMERKUNG ZU DEN QUELLEN

Bevor jedoch eine solche Hintergrundanalyse der gegenwärtigen Situation in der Ukraine begonnen werden kann, ist ein Blick auf das hierfür verfügbare Quellenmaterial notwendig.

Probleme ergeben sich bereits bei der Aktualität und Aussagekraft von statistischem Material was besonders bei der Bewertung der wirtschaftlichen Situation von Bedeutung ist: Sämtliche post-sowjetischen Staaten sind immer noch dabei, ihre statistischen Erhebungs- und Auswertungssysteme an die gängigen internationalen Standards anzupassen und ihr Personal entsprechend zu schulen. Aus diesem Grund basieren amtliche Statistiken zum Teil immer noch auf zweifelhaften Methoden, die auch zu sowjetischen Zeiten überoptimistische Schätzungen oder Doppeltzählungen nicht verhindern konnten<sup>3</sup>. Auf diesem Hintergrund bestand unter den Experten-Gesprächspartnern des Verfassers (v.a. aus Regierungs- und akademischen Forschungseinrichtungen<sup>4</sup>) relativ weitgehende Übereinstimmung dahingehend, daß Analysen, die ausschließlich<sup>5</sup> von ukrainischen staatlichen Stellen angefertigt wurden, wenig aussagekräftig sind- dies umso mehr, als staatliche Stellen selbst zugeben, daß ihnen der Überblick über bestimmte Entwicklungen entgleitet<sup>6</sup>. Von Experten wurden vor allem die Statistiken der OECD empfohlen: Bei deren Zusammenstellungen würde am ehesten darauf

---

<sup>2</sup>Zu diesen drei Punkte cf. v.a. II/1.3.2., III/3. (Exkurs) und IV/1.3.2.5.2.

<sup>3</sup>Cf. hierzu: OECD/ST: Zu den Problemen statistischer Vergleichbarkeit cf. auch UNDP 1998:149-151 und Weltbank:238-241

<sup>4</sup>Diese Gesprächspartner baten den Verfasser, weder ihre Stellung, noch ihre Namen zu nennen.

<sup>5</sup>d.h. nicht in Kooperation mit Stellen, die in der Anwendung internationaler statistischer Standards Expertise besitzen.

<sup>6</sup>S.u. Fn. 15+39 sowie FFM:115. Zu diesem Vorgehen bestand insofern auch keine Alternative, da in den angeschriebenen oder angesprochenen politischen oder wirtschaftlichen Vertretungen der Ukraine in der Bundesrepublik niemand bereit war, mit dem Verfasser über (einige der) hier geschilderte(n) Probleme zu sprechen.

geachtet, daß eine Vergleichbarkeit der Daten gegeben ist<sup>7</sup>. Da aber für die vorliegende Arbeit relevante Unterlagen (z.B. Statistiken des Zentrums für die Kooperation mit den Ökonomien der Transformationsländer (CCET))- nur gegen Unkostenbeitrag erhältlich waren, wurde auf die einfacher zugänglichen Statistiken der UNO, vor allem der UNDP, zurückgegriffen<sup>8</sup>.

Noch schwerer ist es, inhaltliche und analytische Dokumente zu erhalten, die sowohl sachlich zutreffende, als auch weitgehend 'objektive' Informationen bieten. Schon vor Beginn der eigenen Recherchen wurde der Verfasser durch Experten von der starken Interessengeleitetheit ukrainischer (staatlicher und nicht-staatlicher) Quellen gewarnt. Es sei äußerst schwer, Quellen zu finden, die eine gewisse Distanz zu den Problemen und eine gewisse Unabhängigkeit von Interessengruppen besäßen. Das selbe gälte für die meisten ukrainischen Medien<sup>9</sup>. Aber auch bei der Suche nach Analysen nicht-ukrainischer Institutionen und Organisationen stieß der Verfasser auf Schwierigkeiten: Entweder bestand -auf dem Hintergrund der selbst recherchierten Daten- der Eindruck, daß ungenau gearbeitet wurde, daß das Quellenmaterial nicht sorgfältig auf seine Zuverlässigkeit hin ausgewählt oder überprüft war, oder daß grundsätzlich wenig Kenntnisse der aktuellen Situation vor Ort vorhanden war. Informationen aus diesen Quellen wurden deshalb in der Regel nur dann übernommen, wenn sie sich entweder mit den Ergebnissen der eigenen Erhebungen deckten, oder wenn ihre Aussagen aus anderen Publikationen bestätigt und abgesichert werden konnten.

### 3. DERZEITIGE SITUATION IN DER UKRAINE

Die Hauptaufgaben, denen sich die Ukraine gegenüber sieht, lassen sich in folgenden drei Punkten zusammenfassen:

- a, Aufbau einer eigenen staatlichen Verwaltung (nach der zentralistischen Fremdbestimmung durch Moskau),
- b, Aufbau einer pluralistischen Demokratie (nach Abschaffung der Einparteiherrschaft),
- c, Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ökonomie (nach Abschaffung der Planwirtschaft).

Dreh- und Angelpunkt der Erfolgsbemessung für die Umgestaltung der Ukraine in allen drei Bereichen ist, in den Augen der 'Durchschnittsbevölkerung' (deren Vertreter den Anstoß für diese Arbeit gaben), der dritte Bereich: Nach dem Rausch der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten ist die eigene wirtschaftliche und soziale Situation der Hauptmaßstab der Bevölkerung für den Fort- oder Rückschritt der laufenden Transformationsprozesse. Diese hat sich jedoch dramatisch verschlechtert, und dies wiederum beeinflusst den Respekt gegenüber bzw. das

---

<sup>7</sup>Indem beispielsweise unabhängige und seriöse Institute mit Erhebungen beauftragt werden, bei denen man die korrekte Verwendung international akzeptierter Datenerhebungs- und bewertungstechniken annehmen kann.

<sup>8</sup>Zu den Internetadressen der jeweiligen Quellen: cf Bibliographie. In jedem Human Development Report sind Erläuterungen zum Nachvollziehen der jeweiligen Berechnungen im "Technical Annex" enthalten.

<sup>9</sup>Was die 'Interessengeleitetheit' von Parteien und Medien betrifft: cf. SWP:50f und Lohmann:15f. Was die Informationsquellen bezüglich der Voreingenommenheit ukrainischer staatlicher und nichtstaatlicher Stellen betrifft, so baten auch hier die jeweiligen Gesprächspartner den Verfasser, nicht als hinweisgebende Person oder Organisation namentlich genannt zu werden. Weitere Informationen zu diesem Problemkomplex: cf 4.2.

Vertrauen in das neue politische System [cf. Rasumkow und SWP: 14f].

### 3.1. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE ALLGEMEIN

Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich kontinuierlich seit der Unabhängigkeit 1991. Die Stiftung Wissenschaft und Politik gibt folgende Übersicht:

"Die Ukraine wurde in den letzten Ausgaben des Transition Report der Europäischen Bank für Aufbau und Entwicklung von allen 25 Transformationsstaaten für 1996 auf Rang 20, und 1997 sogar auf Rang 23 gesetzt... Im World Development Report der Weltbank wurde die Ukraine unter den Transformationsgesellschaften in die Kategorie der 'langsamsten' Reformstaaten eingeordnet und vom Weltwirtschaftsforum im Global Competitiveness Report für 1997 unter der Rubrik Gesamtwettbewerbsfähigkeit der Nationalökonomien von 53 Staaten auf Platz 52 verwiesen. Komplettiert wurde die Liste der Hiobsbotschaften 1997 durch die Nachricht, daß die Londoner Consulting Gruppe Control Risks in einer Rangliste der 'am meisten korrumpierten Staaten' der Welt die Ukraine nach Rußland und Nigeria auf Platz Drei setzte." [S.10]

Im Weltentwicklungsbericht des UNDP wurde der Ukraine ein stetig sinkender Rang im Human Development Index zugeordnet<sup>10</sup>: Von Platz 54 (1995) sank sie auf Platz 80 (1996) und 95 (1997). Inzwischen liegt sie auf Platz 102 (1998, Anhang 1) von 174 insgesamt ausgewerteten Ländern. Wichtige Indikatoren für die ökonomische Entwicklung der Ukraine stellen sich wie folgt dar:

Übersicht: Basic economic indicators (percentage change on previous years) [OECD/FDI:6]

	1993	1994	1995	1996	1997 Jan-Aug
Official GDP	-14,2	-23	-12.2	-10	-5,7
Gross industrial output	-8	-27,3	-12	-5.1	-3.4
Gross agricultural output	-1.5	-16.5	-3.6	-9.5	7.2
Consumer goods production	15.8	-25	-17.8	-20.2	-18.2
Inflation rate (% , year end)	10 155 401.1	181.8	39.7		5.4
Unemployment rate (% , year end)	0.1	0.3	0.5	1.3	2.1
Capital investment	-10.3	-23	-28.6	-20	2.1 <sup>11</sup>
Budget deficit (% of GDP)	---	-8.9	-6.6	-4.9	-6.1 <sup>12</sup>

<sup>10</sup>"The human development index (HDI) was devised by the United Nations Development Programme ... as a means of measuring and comparing the progress of individual countries in raising standards of life. It was a clear improvement on the one-dimensional income measurement of real gross national product (GNP) per head. In addition to average incomes -as a proxy for 'command over resources needed for a decent living'- the HDI incorporated measurements of longevity, using data for life expectancy at birth, and knowledge, through literacy rates ... (and) the gender dimension." [HDR 96:2-1]

<sup>11</sup>Nur Januar bis Juni 1997

<sup>12</sup>Nur Januar bis Juli 1997

Einige dieser nüchternen Zahlen bedürfen jedoch der Erläuterung:

Die Inflationsrate zwischen 1992 und 1994 vernichtete weitgehend die Sparguthaben der ukrainischen Bürger und schwächte die Pensions - Sicherungsprogramme, welche die Regierung seit 1992 eingerichtet hatte. Hinzu kommt, daß nach Ansicht von Analytikern die Bekämpfung der Inflation nur durch "inländische Verschuldung" [FFM:126] möglich war, d.h. durch die Nichtauszahlung zustehender Gehälter<sup>13</sup>. Dies wiederum hatte zur Folge, daß die Kaufkraft der Bevölkerung rapide zurückging (cf 3.3.). Nicht erstaunlich in diesem Kontext ist der Vertrauensverlust der Bevölkerung in Banken und Sparprogramme: Nur wenige besitzen Konten im Inland. Wer es sich leisten kann kauft Devisen auf dem schwarzen Markt für den Fall, daß ein erneuter Inflationsschub droht<sup>14</sup>. Dies hat zur Folge, daß sich große Teile des Geldkreislaufs außerhalb staatlicher Kontrolle bewegen<sup>15</sup>. Dies hat Auswirkungen auf die Steuereinnahmen des Staates, dessen Möglichkeiten zu sozialen Leistungen und Subventionen dadurch weiter beschnitten werden und dies wiederum verschlechtert erneut die Situation der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen<sup>16</sup>.

Auffällig ist in obiger Statistik ebenfalls die niedrige Arbeitslosenquote. Dies liegt daran, daß in der Ukraine offiziell nur solche Personen statistisch als "Arbeitslose" geführt werden, die als solche registriert sind. Dies sind aber nur wenige. Für die Arbeitnehmer selbst ist die Kündigung nicht lukrativ. Zum einen verlieren sie dann die nicht-monetär vergüteten Leistungen, die nach wie vor -wie zu sowjetischen Zeiten- über die Betriebe in Anspruch genommen werden können (cf. 3.3. + 4.2.), zum anderen beträgt das Arbeitslosengeld nur 20% des ohnehin schon niedrigen Lohns [cf. HDP:4-3]. Betriebe schrecken ihrerseits vor Entlassungen zurück, da sie nach derzeitigem Recht dann verpflichtet wären, den Entlassenen ein "Tren-

---

<sup>13</sup>"...Allerdings sprechen unabhängige Experten auch davon, daß die Inflation künstlich gebannt wurde. In erster Linie geht es dabei um die Lohnrückstände. Gegenwärtig betragen die Rückstände bei Lohn- und Gehaltsauszahlungen 82 Mrd US-\$" [Rasumkow:1, cf. auch HDR:4-4]. Die Lohnrückstände stiegen "zwischen Anfang Januar 1998 und August von 4,9 auf 6,0 Mrd Griwna (rd. 2,7 Mrd US-\$), davon entfallen 15% auf Angestellte des öffentlichen Dienstes und 85% auf staatliche sowie private Unternehmen" [Fischer Weltalmanach (1999):735].

Zur Umrechnung: 1 US-\$= 2,041 Griwna, 1 DM= 1,135 Griwna [Fischer Weltalmanach (1999):733]

<sup>14</sup>"... personal savings fell from an estimate 7% of GDP in the early 1990s to less than 1% in 1995 ... meanwhile there has been an growing tendency for Ukrainians to save by buying dollars rather than investing in Ukrainian enterprises. According to the National Bank of Ukraine, Ukrainians spent the equivalent of US\$ 1.2 billion by buying foreign currency in 1995, or thirteen times more than 1994. [HDR 3-]

Schwieriger sind Angaben zur Kapitalflucht zu machen. Je nach Schätzungs- und Berechnungsgrundlage wird vermutet, daß seit 1992 zwischen 4 und 20 Milliarden US-\$ außer Landes geschafft worden sind [Kuzio:28; Peines geht (unter Berufung auf den 'Economist') von 12 Milliarden US-\$ aus [S.13].

<sup>15</sup>Schätzungen gehen davon aus, daß der Staat nur noch 20% des Geldflusses kontrolliert [cf. FFM:118]. Die Ukrainische Nationalbank gibt immerhin zu, daß sie über 40% des Geldverkehrs die Kontrolle verloren hat (cf. Anhang 2).

<sup>16</sup>Die Steuerschulden betragen 1998 über 7 Milliarden Griwna, die Zahlungsrückstände bei den Renten stiegen von 1,3 auf 1,8 Milliarden Griwna, die Außenstände gegenüber dem Pensionsfonds beliefen sich Anfang August auf 3,1 Milliarden Griwna. Wie angespannt die aktuelle Lage ist, wurde im Sommer 1998 drastisch verdeutlicht, als die Regierung eine große Anzahl führender industrieller Unternehmer internierte und drohte, sie erst zu entlassen, wenn sie ihre Steuerschulden begleichen würden. Viele versprachen, mit dem zu zahlen, was sie noch haben- mit der Folge, daß vier Fünftel der ausstehenden Schulden mit Naturalien getilgt wurden: Der Regierung wurden statt Bargeld tausende Tonnen Getreide geliefert, die sie nun zu verkaufen sucht [SZ 22.8.98].

nungsgeld" (*severance pay*) zu zahlen. Hierzu ist, angesichts fallender Produktivität und Liquidität, kaum ein Betrieb in der Lage, und so werden die Arbeitnehmer eher in unbezahlten Urlaub geschickt oder auf Kurzarbeit gesetzt- was allerdings auch die Höhe der Sozialabgaben für das Unternehmen senkt. Neben den Arbeitslosenstatistiken müßten deshalb auch noch Statistiken über Bevölkerungsgruppen geführt werden, die unterbeschäftigt, unterbezahlt oder gar auf längere Zeit hin unbezahlt sind- und hierbei handelt es sich um gewaltige Größenordnungen. Eine Umfrage, die 1995 vom ukrainischen Statistikministerium und der ILO durchgeführt wurden, ergab für die befragten Unternehmen, daß 44,5% ihrer Arbeitnehmer entweder unbeschäftigt oder unterbeschäftigt waren [HDR:4-1]<sup>17</sup>, die Rückstände in der Gehaltsauszahlung seitens der Unternehmen summierten sich im Sommer 1998 -je nach Branche oder Sektor- auf bis zu neun Monate.

### 3.2. STOCKENDE PRIVATISIERUNG UND AUSBLEIBEN VON INVESTOREN

Ein wichtiger Grund für diese wirtschaftliche Misere ist die nur schleppend vorangehende Privatisierung. Daß Privatisierung auch in der Ukraine erfolgreich ist, beweisen die bislang auf diesem Bereich erzielten Ergebnisse. Zum Beispiel die Landreform von 1992: Damals wurden per Dekret des Präsidenten neben den großen Genossenschaften 11 Millionen Gartenparzellen geschaffen, die an zwei Drittel der Bevölkerung verteilt wurden. Das so verteilte Land umfaßt lediglich 14% des bebaubaren Bodens, erzeugt aber 95% der nationalen Kartoffelernte, 82% des Gemüses, zwei Drittel aller Eier und über die Hälfte von Fleisch und Milch<sup>18</sup>.

Ebenso erfolgreich sind viele der Industrieunternehmen, die bereits privatisiert wurden: "Im ersten Quartal 1997 stellten nichtstaatliche Betriebe bereits 52,4% der Gesamtproduktion her" [Rasumkow:3]. Allerdings wurden bislang eher kleine und mittelgroße Betriebe privatisiert [HDR- 3-2]. Bei den größten und bedeutsamsten Industrieunternehmen verzögerte sich die Privatisierung bislang, was offiziell mit der Sozialunverträglichkeit begründet wird, tatsächlich jedoch -nach Ansicht von Landeskeennern- an dem Bestreben auf Arbeitnehmer- und -geberseite liegt, die aus der Sowjetzeit ererbten Besitzstände zu bewahren (cf 4.2.).

Aber auch sonst gibt es wenig, was ausländische Investoren zu einem Engagement in der Ukraine verlocken könnte: Zunächst sind viele Betriebe hoch verschuldet: Deren Kreditschuldenberg betrug Mitte 1997 bereits 85 Milliarden Griwna (= der Umfang eines Jahres-Bruttoinlandprodukts), hinzu kommen 2,6 Milliarden Dollar Gehaltsschulden [SWP:10 und Rasumkow:1]. Entschlossene Versuche zur Umschuldung oder Umstrukturierung sind nicht zu

---

<sup>17</sup>Auf der Grundlage dieser Statistik schätzt man, daß insgesamt 4,7% der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos ist (wenngleich sie sich nicht als Arbeitslose registrieren ließen), 3,8%'unterbeschäftigt' und 11,9% (= 2,7 Mio Personen!) "vorübergehend" unbeschäftigt sind. [HDR 4-3]

1996 verschlechterte sich dieser Zustand weiter: Während offiziell 1,3% als arbeitslos registriert sind, geht man nach der vorgenannten ILO-Methode von 7,6% Arbeitslosigkeit und 35-40% 'versteckter Arbeitslosigkeit' (= unterbeschäftigten oder vorübergehend unbeschäftigten Personen) aus.

<sup>18</sup>Quelle: "Vertrauliche Mitteilungen aus Politik, Wirtschaft und Geldanlage", Nr. 3231 (1997). Diese Angaben belegen eine beachtliche Produktivitätssteigerung seit 1993: Damals wurden auf diesen Grundstücken "nur" 85% der Kartoffeln, 71% der Früchte, 56% des Gemüses, ein Drittel der Milch und die Hälfte aller Eier erzeugt [FFM:117].

erkennen [OECD/FDI:9], die Auslastung und Produktivität der Betriebe ist mager- alles Faktoren, die alles andere als anziehend auf ausländische Investoren wirken.

Wichtiger beinahe sind jedoch die Rahmenbedingungen, die ausländischen Investoren seitens Legislative, Exekutive und Jurisdiktion geboten werden.

"Although there are notable recent examples of improvement in the quality of the Legislation, typically, the Legislation is marked by declaratory statements that lack conceptual coherence... Invariably, this opens the door for many interpretations of legislative intent, all equally plausible, and for arbitrary decisions by those in charge of implementing legislation. The problems are compounded by frequent changes in Legislation and implementing regulations (if the latter exists)... The courts of the Ukraine are not yet sufficiently equipped to address complex commercial disputes." [OECD/FDI:11, weitere Ausführungen erfolgen in 4.3.]

### 3.3. ARMUT

Was den Lebensstandard der Menschen in der Ukraine betrifft, so ist eine fortlaufende Verschlechterung der Kaufkraft festzustellen: Selbst steigende Löhne und soziale Unterstützungsleistungen (wenn sie ausgezahlt werden, s.o. Fn. 13+16) können nicht mit dem Preisanstieg Schritt halten. Umfragen und Erhebungen ergeben, daß anteilig immer mehr Geld für Nahrungsmittel ausgegeben wird: Gab man 1990 noch 33% des Monatseinkommen hierfür aus, betrug dieser Anteil 1994 bereits 65%. Nicht vergessen werden darf schließlich, daß viele Leistungen, die seit sowjetischen Zeiten von Staat und Betrieben abgedeckt wurden, nicht mehr kostenlos in Anspruch genommen werden können, was vor allem die Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung, den öffentlichen Nahverkehr, Miet- und Energiekosten betrifft: Selbst doppelt verdienende Ehepaare haben immer größere Probleme, sich bzw. ihre Kinder und Eltern von ihrem Gehalt angemessen zu ernähren [cf. HDR:4-4, 5-1,2+3]

Dies leitet über zu der Frage, wie groß die Armut in der Ukraine eingeschätzt werden kann.<sup>19</sup> Nach dem HDR kann Armut bemessen werden "by determining the proportion of the population whose income or consumption falls below a minimum level, determined as being just adequate to satisfy basic needs" (cf. Anhang 3). Diesem Ansatz folgend, legte die Weltbank in ihrer Armutsstudie zur Bemessung der Armut in der Ukraine den Warenkorb zugrunde, den das ukrainische Arbeitsministerium aus 22 Artikeln im Wert von 18,34 \$ zusammensetzte. Dieser Warenkorb stellte in den Augen des Ministeriums den "minimal

---

<sup>19</sup>Hierbei soll zunächst auf den Unterschied zwischen der absoluten und relativen Armut hingewiesen werden: Absoluter Armut liegt vor, wenn "die für ein menschenwürdiges Leben notwendigen physisch-materiellen Bedingungen nicht gegeben sind", während relative Armut sich auf

"immer gegebene Ungleichheiten bezieht... Sie besteht in der ... ungleichen Verteilung von Einkommen zwischen Schichten, Bevölkerungsgruppen, Stadt und Land, Regionen oder den Geschlechtern in einem Land, was entsprechend ungleichen Lebensstandard zur Folge hat." [Müller:213f]

Im vorliegenden Fall wird das Ausmaß der *absoluten Armut* untersucht.



consumption level" dar<sup>20</sup>. Unter diesem Level lagen 29,5% der befragten Haushalte und 31,7% der befragten Individuen. Konkret betroffen sind vor allem Haushalte mit Kindern (hier besteht nochmals eine verschärfte Situation für Alleinerziehende) und ältere Menschen.

Diese Statistik mußte allerdings noch folgende Punkte einbeziehen, bevor ein abschließendes Urteil gefällt werden kann:

Zunächst kann kritisiert werden, daß der oben erwähnte Warenkorb nur Lebensmittel enthält, sogenannte "non-food items" aber, wie etwa Ausgaben für den Nahverkehr, Miete oder Energie ausklammert [HDR:5-4]. Gerade hier sind aber auch gewaltige Preissteigerungsraten zu verzeichnen: Die Nahverkehrskosten in Kiew vervierfachten sich 1995 [HDR:5-3], die Ausgaben für Heizkosten in Lwiw stiegen nach Aussagen von Gesprächspartnern von umgerechnet 1 US-\$/Monat auf 7 US-\$/Monat, Leistungen der Gesundheitsdienste können nur noch unter Beibringung erheblicher Eigenbeiträge -nach Möglichkeit in Devisen- überhaupt erhalten werden, Bekleidung kostet beinahe genausoviel wie in Deutschland, was vor allem bei heranwachsenden Kindern große Probleme bereitet. Ebenso sind ältere Personen schon seit Jahren darauf angewiesen, daß ihre Kinder sie mitversorgen [Schilow:3]. All dies sind Faktoren, die die Anzahl an 'armen Menschen' erhöhen würden.

Auf der anderen Seite wird die Anzahl an Armen unter der Landbevölkerung oft dadurch gesenkt, daß sie die Möglichkeit zum eigenen Anbau von Nahrungsmitteln besitzen. Das so gesparte Geld kann auf andere Güter wie Kleidung, Gesundheitskosten oder Energiekosten verwendet werden. Auch die Anzahl an Armen unter der städtischen Bewohner hängt davon ab, ob sie Verwandte auf dem Land haben, die sie mitversorgen. Die Versorgungslage insgesamt ist auch dafür verantwortlich, daß in der Ukraine -eher untypisch im Vergleich mit anderen Gesellschaften- seit einigen Jahren eine Stadtflucht zu beobachten ist, deren Haupt-

---

<sup>20</sup>Demzufolge verfolgt das Ministerium einen bedarfsorientierten Ansatz, d.h. die Armutsgrenze wird unabhängig von 'landesüblichen' Verdienstgrößen festgelegt. Zusammen mit einigen der 'illegalen' Gesprächspartnern wurde auch seitens des Verfassers versucht, herauszufinden, wieviel Geld eine dreiköpfige Familie in der Ukraine jährlich braucht um ein Leben entlang der Armutsgrenze führen zu können. Für das Frühjahr 1997 wurden folgende Beträge ermittelt:

1. Variante: Dreiköpfige Familie, alle Familienmitglieder leben und arbeiten im Land und sind gesund. Die Wohnung besteht in einem Zimmer, staatliche subventionierte Miet- und Energiepreise, die Verpflegung ist sehr bescheiden, das Kind noch nicht in der Schule und Kleidung wird kaum gekauft. In diesem Fall kommen diese drei Personen mit 500 DM im Jahr aus.

2. Variante: Dreiköpfige Familie, die Familie hat eine eigene Wohnung, ansonsten wie oben. In diesem Fall kommt die Familie mit ca. 1 700 DM zurecht.

3. Variante: Bezüglich der Haushalte, deren Vater sich illegal in Deutschland aufhält, um so für den Lebensunterhalt zu sorgen, darf nicht vergessen werden, daß dieser auch für den eigenen Lebensunterhalt am Ort seines Aufenthalts sorgen muß. Bei extrem sparsamer, persönlicher Lebensführung gelingt dies mit 100 - 200 DM pro Woche. Dies würde aber erfordern, daß zu den oben erwähnten 1 700 DM nochmals ca. 10 000 DM zusätzlich im Jahr verdient werden müssen.

Die vorstehenden Kalkulationen ändern sich sofort, wenn beispielsweise das Kind in die Schule kommt, oder ein Familienmitglied krank wird.

Mitte 1998 berichtete ein 'illegaler' Gesprächspartner dem Verfasser jedoch, daß all diese Kalkulationen hinfällig seien, da sich zwischenzeitlich die Preise im Bereich der Lebensmittel stark erhöht hätten und viele Subventionen gestrichen worden wären.

grund der Zugang zu eigenen Produktionsmöglichkeiten von Nahrungsmitteln ist [hierzu FFM:37]. Diese Faktoren senken wiederum den Anteil 'armer Menschen' an der Gesamtbevölkerung.

"Daß in der Ukraine trotz der niedrigen Einkommen keine Leichen die Straßen verschmutzen" [FFM:127] führen ukrainische Ökonomen jedoch vor allem auf den hohen Grad der Selbstversorgung durch die Schattenwirtschaft zurück- der einzigen Branche, die in der Ukraine hohe Wachstumsraten aufweisen kann. Dort sollen, so wird geschätzt, 80% aller faktischen Einkommen am Staat vorbei erwirtschaftet werden und ihr Volumen soll 40-60% des Bruttosozialprodukts umfassen [OECD/FDI:6f und Anhang 2, dort auch eine Auflistung der hauptsächlichsten Betätigungsmöglichkeiten]<sup>21</sup>.

### 3.4. DIE SCHATTENWIRTSCHAFT

Die Schattenwirtschaft ist in allen Transformationsländern kein unbekanntes Phänomen. Sie blühte bereits in Sowjetzeiten, nahm aber seit der Unabhängigkeit neue Dimensionen an. Ein Grund ist die Steuerpolitik, ein anderer der mangelhafte Wert von Geld bzw. der Mangel an Geld.

Was die Besteuerung betrifft, so leiden hierunter nicht nur westliche Investoren: Manche Finanzämter verlangen "bis zu 95% der Gewinne, einen Anteil den natürlich kaum jemand zahlt [SZ 19.2.98]. 1996 umfaßte das "tax system ... 19 different taxes -one economic activity is often taxed several times and regulations are ever changing" [Pleines:12]. Dies erleichtert es sowohl korrupten Beamten, die Regeln zu ihren Gunsten zu interpretieren, als auch den Betrieben, auf dieser Grundlage mit den entsprechenden Beamten 'ihre Steuer' zu verhandeln. All dies hat natürlich seinen Preis: 1996 verbrachten in der Ukraine Betriebsmanager 40% ihrer Arbeitszeit mit Verhandlungen bei Behörden (zum Vergleich: Rußland 30%, Litauen 15% und El Salvador 8%) [Kaufmann:5-71]. Immerhin finden die meisten dadurch 'Arrangements', die günstiger sind als das Zahlen regulärer Steuern.

Daneben trieb die Geldknappheit viele Menschen in die Schattenwirtschaft. Allein die zunehmende Praxis der Betriebe, ihre Angestellten statt mit Geld in den Produkten des Betriebes zu entlohnen zwingt die Menschen, diese wiederum gegen andere Dinge einzutauschen. Dem Verfasser wurde beispielsweise von den Mitarbeitern einer Panzerfabrik berichtet, die ihrerseits keinerlei Probleme haben weil sie aus den Armierungsplatten Sicherheitstüren herstellen und bei betuchten Leuten gegen Geld bzw. Lebensmittel einbauen.

Allerdings: Auch wenn die Möglichkeiten der Schattenwirtschaft eine unersetzliche Überlebenshilfe für weite Teile der Bevölkerung ist, warnt der Human Development Report: "The informal sector cannot more than partially compensate for the hardships of the economic crisis." [Anhang 2]

## 4. HINDERNISSE AUF DEM WEG DER REFORMBESCHLEUNIGUNGEN

---

<sup>21</sup>Offizielle ukrainische Stellen gehen von einem Schattenwirtschaftsanteil von 40% des Bruttosozialprodukts aus [OECD/FDI:6], das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung von 50% des Bruttoinlandsprodukts [SWP:11]. Zum Vergleich: Nigeria: 50%, Italien und Lateinamerika 30-40%, andere westliche Industrieländer 5-10% [Kuzio:29]

Als eigentliche Ursache hinter der ukrainischen Misere wird angesehen, daß der ukrainischen Gesellschaft als Ganzes ebenso wie ihren Eliten gemeinsame Leitbilder fehlen, auf deren Grundlage gemeinsam und solidarisch die Zukunft des jungen Gemeinwesens gestaltet werden könnte.

#### 4.1. HISTORISCH BEDINGTE ZWEITEILUNG DES LANDES

Zunächst sind anzutreffende Spaltungen historisch bedingt: Die Ukraine stand jahrhundertlang unter Fremdherrschaft, was zur Folge hat, daß der Westen des Landes aufgrund polnischer und österreichischer Herrschaft eher 'westlich', der Osten aufgrund langer Dominanz durch Rußland eher nach Rußland ausgerichtet ist. Diese Trennung äußert sich nicht nur in unterschiedlichen religiösen Konfessionen und kulturellen Brauchtümern, sondern auch in unterschiedlichen Vorstellungen zur eigenen Staatsform und den außenpolitischen Beziehungen: Während der Westen eher die pluralistische, demokratische Marktwirtschaft und eine Einbindung des unabhängigen Staates nach Westeuropa und die NATO befürwortet, lieben äugeln starke Gruppen in der Ostukraine mit einer Neuauflage der zentralen Planwirtschaft und einer -mehr oder weniger engen- Staatenunion mit Belarus und der Russischen Föderation<sup>22</sup> [cf. UCPCRS und FFM jeweils Kapitel 5].

#### 4.2. WIRTSCHAFTLICH-POLITISCHER UND REGIONAL-SEKTORALER INTERESSENFILZ

Auch wenn die Ukraine politisch unabhängig ist: wirtschaftlich wird sie heute noch vom Erbe der Sowjetunion bestimmt, das sich vor allem in der Industrie des Landes auswirkt. Zentral von Moskau geplante, gigantische Unternehmensstrukturen sind bis heute existent und mehr als nur ein Wirtschaftsfaktor in ihrer jeweiligen Region: Die damaligen Betriebe deckten neben der Möglichkeit zum Geldverdienen auch eine Reihe von anderen Bedürfnissen ihrer Belegschaft ab, wie etwa die Gesundheitsfürsorge, Kindergartenplätze oder Urlaubsgelegenheiten. So ist zunächst die schiere Größe der Kohle- und Stahlindustrien und die Anzahl der dort Beschäftigten ein soziales Unruhepotential, welches auch den beherztesten Reformen von Einschnitten abhalten kann. Die Arbeiter wiederum haben in umfangreichen Streiks bislang erfolgreich dafür gekämpft, daß ihre Privilegien weitgehend erhalten blieben<sup>23</sup>.

Auf der anderen Seite ist es ebensowenig verwunderlich, daß die einstigen Unternehmereliten (die sogenannten "Roten Direktoren") alles daran setzten, ihre Macht und ihren Einfluß in die 'neue Zeit' hinüberzuretten. Dies wurde ihnen dadurch erleichtert, daß der erste Präsident der Ukraine, Krawtschuk, kaum etwas -unternahm, die Leitungsposten in den Verwaltungen der staatlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Institutionen neu zu besetzen. Die ehemaligen 'Eliten' sitzen deshalb in diesen Bereichen noch heute fest in ihren Sätteln und tun alles, um ihre Macht auch weiterhin zu verteidigen [cf. z.B. Pleines:12 und SWP:Kapitel VI]. Ein Mit-

---

<sup>22</sup>Die Lage im Osten des Landes wird durch die dort konzentrierte starke russische Minderheit kompliziert, die insbesondere eine stärkere Verbindung mit Rußland befürwortet.

<sup>23</sup>Dabei leuchtete es sogar 'Hardlinern' im IMF ein, daß solche Großbetriebe nur mithilfe von subventionierten Sozialplänen geschlossen werden können. Deshalb wurden auch Gelder hierfür zur Verfügung gestellt. Seltsamerweise 'verschwand' diese Gelder auf dem Weg zur Belegschaft [cf. zu diesen Themenbereichen FFM:125, OECD/FDI:7 und SZ 5.11.1998].

tel hierfür ist ihre Möglichkeit, ihre Belegschaften dahingehend zu instrumentalisieren (indem man sich etwa als 'ihren' Parlamentskandidat wählen läßt), oder indem man die Zentralregierung mit der Drohung von 'möglichen Unruhen' unter der Belegschaft unter Druck setzt. Eine weitere Strategie zur Zementierung vorhandener Machtverhältnisse ist sodann, ausländische Investoren aus dem eigenen Betrieb und der Region, in welcher der Betrieb tätig ist, fernzuhalten<sup>24</sup>. Deren Einstieg im Betrieb würde Mitbestimmung mit sich ziehen (oder gar -wenn es sich um amerikanischen Investoren handeln würde- um öffentliches Bekanntwerden der korrupten Zustände<sup>25</sup>) und die dann wohl unvermeidliche Schließung von unrentablen Betriebsteilen. Die Etablierung anderer Unternehmen in der Region wiederum würde die Abhängigkeit der Arbeitnehmer von ihren jetzigen Arbeitgebern vermindern, indem ihnen eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit eröffnet würde.

Historisch bedingte regionale Besonderheiten und wirtschaftliche Interessen in diesen Regionen spiegeln sich auch in der Parteienlandschaft wider: Es gibt keine Parteien, die umfassende Volksparteien im Sinne der deutschen Christ- oder Sozialdemokraten wären: Bei den letzten Parlamentswahlen im März 1998 traten nicht einmal die größten ukrainischen Parteien in allen Landesteilen bzw. Wahlkreisen an. Dies liegt vor allem daran, daß die gesellschaftlich-politischen Traditionen von West- und Ostukraine zu verschieden sind. Aus den umfangreichen und gründlichen Analysen über die jeweiligen ukrainischen Parteien, ihre Hintermänner, Aushängeschilder und die von ihnen vertretenen Interessen sollen nur einige Beispiele hervorgehoben werden:

Die gesellschaftliche und politische Teilung der Ukraine wird zunächst in den zwei größten Parteien veranschaulicht: Die Kommunisten<sup>26</sup> (26%/126 Sitze) waren vor allen in den östlichen und südöstlichen Landesteilen erfolgreich, die traditionell nach Osten orientiert sind, in denen eine starke russische Minderheit lebt und wo die wirtschaftliche Situation am schwierigsten ist. Dieser Stimmenanteil wird deshalb zum einen als Protestwahl gegen die Liberalisierungspolitik des Präsidenten gewertet und zum anderen als Ausdruck der Sehnsucht nach den Verhältnissen vor der Unabhängigkeit<sup>27</sup>. Die nationalistische "Ruch" - Bewegung

---

<sup>24</sup>"Currently, more than 400 enterprises ... have at least a regional monopoly" [Pleines:12] und selbst die US--Botschaft in Kiew kommt in ihrer Analyse der Schikanen gegen amerikanischen Investoren zu der diplomatisch formulierten Schlußfolgerung- "...it appears that local commercial interests, which may have links to organized crime groups, are behind these incidents." [Kapitel "Corruption and Organized Crime"]

Wie sehr die herrschenden Zustände das Investitionsverhalten blockieren belegt Shelley: "Motorola recently announced its plans to withdraw from Ukraine, canceling a planned investment of \$500 Million. The Motorola announcement followed the Ukrainian government decision to award a licence for mobile phones to Kyiv Star whose owners include an adviser to President Kuchma, a Cabinet Minister and a Ukrainian with links to organized crime ... In Spring 1997, American companies planning to invest \$1 billion in Ukraine, withdrew asserting that they could not function in the corrupted environment" [S.37f].

<sup>25</sup>Dies deutet Shelley an: "Publicly traded companies in the United states have an obligation to disclose notable problems with their partners, particularly when they have a role in management" [S.37].

<sup>26</sup>Zahlenangaben zitiert nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis, Fokus 15/1998:286, sowie FAZ und FR:31.3.1998. Inhaltliche Aussagen orientieren sich vor allem an den Analysen von HIZ und SWP.

<sup>27</sup>Grundsätzlich war ein wichtiges Element der vergangenen Parlamentswahlen die 'Stellungnahme' der Bevölkerung zur Person und Programm Präsident Kutschmas, den Machtallüren von ihm bzw. seiner Partei: Die Volksdemokratische Partei -oder "Partei der Macht oder einfach der Mächtigen" [SWP:34f], wie sie in der ungeschminkten (Fortsetzung...)

(11%/54 Sitze) hingegen war vor allen in den westlichen Landesteilen erfolgreich, in denen stets der nationalistisch geprägte Wunsch nach Selbstbestimmung und westlicher Orientierung lebendig war.

Daneben gibt es Parteien, die wirtschaftlichen Interessen dienen, z.B. die Agrarpartei (hinter der die Mitglieder des ehemaligen Agrar-Industriellen Komplex die Fäden ziehen) oder die Liberale/Partei der Arbeit ("eine typische Gründung 'roter Direktoren'" [Lohmann:10])<sup>28</sup>. Und schließlich gibt es Parteien, denen man unterstellen kann, daß sie hauptsächlich Sprachrohr ihrer Führer sind, wie dies bei der Hromada-Partei des von Präsident Kutschma entlassenen, ehemaligen Ministerpräsidenten Lasarenko der Fall sein dürfte<sup>29</sup>.

Viele Parlamentssitze gehen -ob mit oder ohne Parteiaffiliation- ohnehin an bekannte und populäre Einzelpersonen -wie etwa den Präsidenten von Dynamo Kiew- oder einfach einflußreiche und schillernde Lokalgrößen und 'Businessmen' [Lohmann:19, cf. auch unten, 4.4.] was einer der Gründe für die hohe Anzahl an parteiungebundenen Direktmandaten ist.

Nicht erstaunlich, übten und üben gewichtige Interessengruppe und Einzelpersonen auch einen beachtlichen Einfluß auf die Medien aus: Dominierte während des Wahlkampfes im öffentlichen Fernsehen die Wahlwerbung der Partei von Präsident Kutschma [Lohmann:15f], so kommt es in der Medienlandschaft insgesamt dennoch zu einer gewissen Pluralität, weil hinter den vielen Medien viele verschiedene Interessengruppen stehen, die über diese Medien ihre jeweils verschiedenen Ansichten transportieren [cf. SWP:50f].

Angesichts solcher Verhältnisse wundert es nicht, daß in einer Umfrage nur 5% der Bevölkerung der Arbeitsfähigkeit des Parlament vertrauen, und 55 % mißtrauen [Rasumkow:3]. Die Zustimmung zu der These, daß die Ukraine ein Mehrparteiensystem braucht, sank von 61% (1991) auf 29% (Mai 1997). Eine Lösung der gegenwärtigen Probleme erhoffen sich 45 % der Befragten von einer "starken Führungsfigur" [SWP:15f].

#### 4.3. DER SCHWACHE STAAT

Eine solche Führungsfigur steht dem zersplitterten Parlament theoretisch -zumindest auf der Grundlage der 1996 beschlossenen Verfassung- in Form des Präsidenten gegenüber. Dessen Macht wurde nochmals gestärkt, nachdem eine föderale Struktur für die Ukraine verworfen wurde: Dem Präsident unterstehen die Schlüsselministerien, er ernennt und entläßt Minister und Ministerpräsidenten, die Vorsitzende des Antimonopolkomitees, des Staatsvermögens-

---

<sup>27</sup>(...Fortsetzung)

Umgangssprache genannt wird- gehörte zu den größten Verlierern der Parlamentswahlen und überwand nur mit großer Mühe überhaupt die 4%-Hürde.

<sup>28</sup>Wobei nach Ansicht einiger Analytiker im Vergleich mit der Russischen Föderation die wirtschaftlich-sektoralen Interessen in der Ukraine derzeit eine geringere Rolle als regionale Interessen spielen, weil die Privatisierung noch nicht vergleichsweise fortgeschritten ist [cf. SWP:47].

<sup>29</sup>Die Hromada führte ein Schattendasein bevor Lasarenko und eine ihm nahestehende Industriemagnatin, Frau Timoschenko, sich ihrer annahm. "Als bald hörte man davon, daß Hromada Arbeiter und Angestellte durch Geldzahlungen beim Eintritt in die Partei nachhelfe: Anfang 1998 hatte sie angeblich bereits 100 000 Mitglieder" [Lohmann:8].

fonds, des Rundfunkkommittees, sowie die Gouverneure der Regionen. Er kann Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen und ein Veto gegen Parlamentsbeschlüsse einlegen [zum Präsidialsystem cf. Lohmann:1f, sowie SWP:20-22 + 46f].

Die wirkliche Macht des Präsidenten hängt jedoch davon ab, wieviel Unterstützung er von Seiten der derzeit einflußreichen Interessengruppen und Eliten erhält und inwieweit er diese Unterstützung durch Personalpolitik absichern kann. Präsident Kutschma beispielsweise bezieht seine 'Hausmacht' aus dem Rückhalt im Militärisch-Industriellen Komplex, da er einst Manager der -seinerzeit- weltweit größten Raketenfabrik war, seine Macht erlitt einen empfindlichen Schlag, als er durch die Entlassung von Premier Lasarenko einen wichtigen Unterstützer aus dem sogenannten "Dnjepropetrowsker Clan" verlor [Pleines:12 und SWP:Kapitel VI/1].

Aber auch grundsätzlich fragen sich Beobachter, wie einflußreich die Macht des zentralistisch ausgerichteten Staates tatsächlich ist, wenn es darum geht, seinen Gesetze und Dekrete im ganzen Land umzusetzen. Zunächst ist offensichtlich, daß fern von Kiew wenig geht, was den dort bestimmenden, regionalen und lokalen Größen nicht gefällt. Da der Staat vor allem an der Bezahlung seiner eigenen Bediensteten kräftig spart(e) und in diesem Sektor besonders hohe Gehaltsrückstände bestehen, sind die Angestellten der öffentlichen Verwaltung nicht nur gegenüber Nebenverdiensten jeglicher Art aufgeschlossen: Für sie und ihre Familien sind solche Nebeneinkünfte oft eine Sache des Überlebens.

Eine Sache des Überlebens kann Korruption im doppelten Sinne sein: Zunächst gibt selbst der Erste Vizepremier der Ukraine, V.Durdynets, zu, daß einer der Hauptgründe für Korruption "economic and social hardships" sind [S.32, cf. auch Pleines:12]<sup>30</sup>. Auf der anderen Seite kann eine zu große Pflichterfüllung sehr schnell zum Verlust des Postens, der Gesundheit oder gar des Lebens führen: So verlor der ehemalige Justizminister S. Holowatyj, der von Präsident Kutschma mit der Durchführung einer Anti-Korruptions-Kampagne betraut war, in dem Moment seinen Job, als er den Chef der Präsidialadministration der Korruption überführt hatte [SWP:24 und The Globe & Mail 29.11.97]. Ebenso ist bekannt, daß unbestechliche Beamten oft ein kurzes Leben beschieden ist- nicht zuletzt, weil ihre Vorgesetzte ihnen keinen Schutz und Rückhalt geben [cf. Kuzio:28].

---

<sup>30</sup>Landeskennner betonen allerdings, daß auch die Einstellung zur bzw. Praxis der Bestechlichkeit ihre Wurzeln bereits in der Sowjetzeit hatte, wo gegenseitige 'Gefälligkeiten' und Zusatzverdienste durch die Zurverfügungstellung von Beziehungen und 'Sonderleistung' angesichts allgegenwärtiger Engpässe immer schon zur 'Überlebenskunst' gehörten. Für die Ukraine ergaben Erhebungen unter Geschäftsleuten folgende, durchschnittliche "Bestechungstarife": Für eine Exportlizenz zwischen 10 000 und 300 000 \$, die Schaltung eines Telefons: 700-2 000 \$, für eine Importlizenz 390 \$, die Visitation durch den Steuerinspektor 125 \$, die Visitation durch Gesundheits- oder Feuerbeauftragte 80 \$ [NZZ, 4.2.97, The Globe & Mail:29.11.97 und SZ 19.2.98. Zur Gehaltssituation und Bestechlichkeit speziell der Grenztruppen cf. Bundesnachrichtendienst:44].

Ukrainische Gesprächspartner wiederum verweisen jedoch darauf, daß solche Praktiken in ihren Augen durchaus vergleichbar seien mit dem Vorgehen 'westlicher' Geschäftsleute, die ein gutes Geschäftsklima durch Arbeitsessen, Geschenke oder Einladung zu Urlaubsreisen herzustellen suchen.

#### 4.4. DIE ROLLE DES ORGANISIERTEN VERBRECHENS ("MAFIYA")<sup>31</sup>

Dies leitet über zu der Rolle des Organisierten Verbrechens. Auch die ukrainischen Mafiagruppen sind zunächst eine Erbschaft der Sowjetunion, wo sie sich in dem bereits damals bestehenden Geflecht von Schattenwirtschaft, Korruption und Schiebereien entwickelten. Bereits in den frühen 80er Jahren überstieg das Vermögen einschlägiger Gruppen den Haushalt kleinerer Sowjetrepubliken [Pleines:11]. Auch diese Strukturen retteten ihren Einfluß hinüber in die 'neue Zeit' und setzten alles daran, ihren Einfluß auszubauen.

Nach Aussagen des ehemaligen Premierministers Martschuk bot sich diese Chance vor allem nach der Unabhängigkeitserklärung: "Gaps which existed until mid-1993 within the legislation and law enforcement had encouraged the spread of organised crime and corruption" [zit. in Kuzio:28]. Aber noch ein anderer 'Zustand' in dieser Zeit begünstigte das Wachstum mafiöser Strukturen: Die damals besonders große Unsicherheit von Staatsbeamten in Hinblick auf das, was getan werden sollte, ihre schlechte Bezahlung und das in weiten Teilen des Landes herrschende Machtvakuum führte dazu, daß dieses Vakuum von lokalen und regionalen Machthabern und ihren Gefolgsleuten ausgefüllt wurde. Weithin bekannt sind solche Zustände im ukrainischen "Sizilien", der Krim, aber auch in anderen Randgebieten, wie etwa Transkarpatien [zur Krim:Kuzio:29f, zu Transkarpatien:Warner].

Die in dieser Zeit etablierten 'Verbindungen' zwischen emporgekommenen 'Lokal- und Regionalgrößen', den 'Roten Direktoren' sowie den Staatsbeamten erleichterte eine nochmalige Steigerung ihrer Macht während der von Präsident Kutschma ab 1994 in Gang gesetzten Privatisierung, indem sie sich schamlos ihrer Beziehungen und des daraus resultierenden Insiderwissens bedienten und entsprechend bereicherten [Kuzio:30, Pikhowshek:33f,

---

<sup>31</sup>Zur Definition: Die Brockhaus-Enzyklopädie (1990) schreibt unter dem Stichwort 'Mafia': Die Mafia entstand, ähnlich wie die kalabrische n'dragheta und die neapolitanischen Camorra

"als Gegenmacht zu staatlicher Macht. In den sozialen Konflikten bildeten die Träger dieser Gegenmacht, die **Mafiosi**, kriminelle Verhaltensweisen immer stärker aus. Zu Anfang des 19. Jh. sammelten örtl. Grundbesitzer im Nordwesten Siziliens straff organisierte, bewaffnete Gefolgschaften als Instrument zur Behauptung ihres -formell aufgehobenen- feudalen Einflusses; sie trafen auf wenig Widerstand der Regierung in Neapel. Diese unideolog., familienähnlich strukturierten Gruppen dehnten sich im späten 19. Jh. in die Hafen- und Marktstädte und den Osten Siziliens aus. Als parasitäre Erpresser übten sie zunehmend unerlaubte Gewalt aus. Nach Gründung des italienischen Einheitsstaates (seit 1860) entwickelte sich im Konflikt mit der überörtl. Staatsmacht die M. zu einer kriminell bestimmten Subkultur, die durch ein bestimmtes Sozialverhalten (v.a. durch 'Omertà', dt. 'Schweigen'; 'Ventdetta', dt. 'Rache'), weniger durch straffe Organisation gekennzeichnet war. Von örtl. Vertretern der Staatsmacht wurde sie oft als Gegenmacht akzeptiert."

In Ermangelung einer eindeutigen Definition wird der Ausdruck 'Mafia', bzw. 'mafiös' vom Verfasser für Gruppen verwendet,

- a. deren Mitglieder, mindestens aber deren Führungskräfte, aus einer bestimmten Ethnie, Region, einem bestimmten Clan oder gar Familie stammen und wo 'Blutsbande' ein wichtiges Element in der Befehls-, Gehorsams- und Hierarchiestruktur sind,
- b. die in ihren Regionen entweder das staatliche Gewaltmonopol - z.B. durch Bestechung oder Erpressung - in ihrem Sinne zu beeinflussen suchen oder gleich durch eigene Strukturen ersetzen,
- c. die ihre Macht nicht nur zur Erpressung und Ausbeutung Einzelner benützen, sondern auch dazu, größere gesellschaftliche Strukturen - wie etwa Wirtschafts- und Finanzwesen - zu unterwandern und in ihrem Sinne auszubeuten.

Shelley:36-38<sup>32</sup>, Pleines:11f].

Somit ist das Gewaltmonopol des ukrainischen Staates als eigenständige, legitimierte Größe von zwei Seiten ausgehöhlt: Von innen durch die Verbindungen zwischen den ehemaligen Eliten und den immer noch bestehenden regionalen und sektoralen Interessengruppen, und 'von außen' durch grenzübergreifend agierende mafiös-syndikative Gruppen, die ihren Einfluß seit 1991 stetig ausgebaut haben und ein Eigenleben außerhalb und unterhalb staatlicher Kontrolle führen, wenngleich auch sie -wie dargelegt- versuchen, sich Einfluß innerhalb der staatlichen Strukturen zu sichern<sup>33</sup>. Ihre 'Beziehungen', ihr Geld und ihre Handlanger sorgen dafür, daß Steuerinspektoren, Zollbeamte und Grenzwächter ihnen keinen Schwierigkeiten machen. Beide Netzwerke pflegen nach wie vor eigenständige Verbindungen ins Ausland, und es sind diese Verbindungen, über die der größte Teil der enormen Kapitalflucht aus der Ukraine abgewickelt wird und im Westen entweder auf dunklen Konten gelagert wird oder - (wie in Berlin und Leipzig) über Strohmänner investiert oder auf anderen Wegen gewaschen und erneut in den legalen Geldkreislauf eingespeist wird [cf Pleines, Warner, Roth, Kuzio und Shelley]<sup>34</sup>.

#### 4.5. AUSBLICK

Auf die Frage, wer derzeit in der Ukraine das Sagen hat, antwortet die Erhebung einer Gruppe unabhängiger ukrainischer Experten "within the framework of the international survey 'Post-USSR: Regions, Elites, Power'"<sup>35</sup>. Dort wurden folgende Eliten unter 23 möglichen als die einflußreichsten identifiziert:

- "1. Foreign interest groups (IMF, World Bank, G7)
2. Private non-banking financial structures
3. Foreign companies in the former USSR
4. Banks
5. Ethnic elites (non-russian)
6. Criminal gangs
7. Elites Organizations (organisations of businessmen etc.)

---

<sup>32</sup>"Corruption and organized crime cannot easily be differentiated. Much of crime committed combines access to information or goods held by government officials backed up by the use or threat of force by crime groups" [Shelley:36].

<sup>33</sup>"According to the Ukrainian security service, 44 people with various degrees of criminal activity have already been elected to local political bodies" [zit. in Shelley:36, als praktisches Beispiel anhand von Transkarpatien:Warner].

<sup>34</sup>Im Gegensatz zu korrupten Staatsbediensteten standen mafiöse Gruppen bei den meisten 'illegalen' Gesprächspartnern des Verfassers dennoch in einem besseren Ruf: Während Staatsbedienstete in dem Ruf stehen, besonders unersättlich zu sein und beispielsweise vor Erteilung von Genehmigungen immer wieder neue Regeln und Vorbedingungen finden, von denen man sich freikaufen 'kann', hatten Mafiagruppen nicht nur verlässliche Tarife -etwa Gewinnanteil bei der Eröffnung eines Geschäfts oder die 'Gebühr' bei der unbehelligten Überführung eines Autos-, sondern würden offensichtlich auch nach dem Motto handeln, daß man "Enten, die Goldene Eier legen, nicht sofort schlachtet". Das Problem mit mafiösen Strukturen sei, daß auch ihr Gewaltmonopol nicht umfassend ist, sondern von konkurrierenden Gruppen bzw. unabhängigen Gangs bedroht würde, von denen wiederum "abkassiert" wurde. Deshalb beklagten Gesprächspartner allgemein eine große Unsicherheit in der Lebensführung im Herkunftsland und fühlten sich trotz ihres 'illegalen' Status in Deutschland wesentlich sicherer und komfortabler, als es für sie jemals zu Hause der Fall gewesen sei.

<sup>35</sup>Die nachfolgenden Zitate sind, falls nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, Auszüge aus UCPCRS:Kapitel 5, Internetausgabe.



8. State power structures
9. State representative structures
10. Export structures (metallurgy etc.)
11. Executive power
12. Elites controlling oil, gas and pipelines
13. Wholesale trade".

Gruppen 1-5 beeinflussen nach Einschätzung von Analytikern die Entwicklung der Ukraine in Richtung einer pluralistischen Demokratie, wohingegen "mafia groupings seek to decentralize the state, that can be regarded as a serious proof of the threat which this process presents for Ukraine as a newly-formed state."

Fragt man statt der Experten die Bevölkerung, wer im Land das Sagen hat, so ist die Antwort noch eindeutiger: Der "representative public opinion poll conducted by the Institute of Sociology of the National Academy of Science of Ukraine and independent Centre 'Democratic Initiatives' in May 1994" zur Frage "What social groups play an important role in state building of Ukraine?" ergab: "Respondents in most cases indicated mafia (34%) and state machinery officials (29%)".

Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sind die Einschätzungen der Experten gemischt. Eine absehbare positive Entwicklung wagt keiner zu geben. Bürgerkriegsähnliche Zustände wie in anderen postsowjetischen Gesellschaften werden zwar ausgeschlossen. Allerdings sehen Experten auch kaum Eliten und Gruppierungen innerhalb der ukrainischen Gesellschaft, die es an gestaltender Kraft mit ausländischen Investoren und Kreditgebern oder der Mafia aufnehmen könnten. Einig sind sich viele, daß die Talfahrt der Wirtschaft noch nicht beendet ist und daß weiterer Fortschritt auf absehbarer Zeit zwischen Korruption und kriminellen Gruppen zerrieben wird [cf. hierzu auch Rasumkow:5 und Shelley:38].

Die Bevölkerung wiederum stimmt, was ihre Sicht der 'Zukunftsfähigkeit' betrifft, in zunehmendem Ausmaß mit den Füßen ab<sup>36</sup>.

## 5. EMIGRATION

Wie bereits am Ende oben (3.4.) erwähnt, reicht oftmals selbst eine Neben- oder Haupttätigkeit in der Schattenindustrie nicht, um den Lebensunterhalt für sich und andere, abhängige Personen zu bestreiten. Dies gilt insbesondere, wenn die Betroffenen über nichts verfügen,

---

<sup>36</sup>Ein anschauliches Beispiel hierzu ist eine Entscheidung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Jahr 1994: Eine Frau aus Rußland, die von Mafiagruppen erpreßt wurde, suchte bei den Behörden um Hilfe nach. Sie bekam den Rat, sich mit den Erpressern 'zu arrangieren'. Die Frau wurde damals als Asylberechtigte anerkannt [ai asyl-info 7/8-94 RSÜ 7/94/1]. Auch wenn diese Frau aus Rußland stammte, kann ihre Situation als typisch für viele Emigranten auch aus der Ukraine angesehen werden. Auch ukrainische Gesprächspartner berichten von Erpressungen durch Mafiagruppen als Emigrationsgrund. Zudem ist die Angst vor 'Schutzgeldern' bzw. die Notwendigkeit von Schmiergeldzahlungen für viele Gesprächspartner aus den Transformationsländern auch ein Hinderungsgrund für eine Rückkehr: Es ist bekannt, daß 'Westrückkehrer', bei denen man Devisen vermutet, besonders gerne von Behörden und Mafia zur Kasse gebeten werden- zum Teil so lange, bis sie sämtliche dort verdienten Gelder wieder losgeworden sind.

was sie zu interessanten Anbietern in der Schattenindustrie machen<sup>37</sup>.

Seit 1994 ist die Ukraine deshalb zum Emigrationsland geworden. Drei hauptsächliche Muster sind erkennbar: Zunächst die Pendelmigration, die, wie die historischen Ausrichtungen vermuten lassen, bei den Menschen in der Ostukraine vorrangig nach Belorus und in die Russische Föderation, bei den Menschen in der Westukraine nach Polen geschieht. Was die saisonale oder gar längerfristige Migration betrifft, so gewinnen Verwandte immer größere Bedeutung, deren Vorfahren vor, während und nach dem zweiten Weltkrieg in den Westen emigrierten und dort nun attraktive Migrationsbrückenköpfe sind. Die dritte Gruppe unter den Ausreisewilligen wendet sich an 'Reiseunternehmer', die vor allem im Bereich der Schattenökonomie tätig sind und mit der Vermittlung von Arbeits- und Wohngelegenheiten im Westen ebenso viel verdienen wie mit dem 'Organisieren' der Reise und den dafür notwendigen Papieren<sup>38</sup>.

Zu den Migrationsentwicklungen liegen wenig verlässliche Angaben vor, da sich ohnehin nur die offiziell registrierte Emigration statistisch erfassen läßt- falls der Staat selbst hierzu überhaupt (noch) in der Lage ist<sup>39</sup>. Wo aber noch eine statistische Erfassung möglich ist, deutet sich sowohl eine ansteigende Anzahl von Emigranten an, aber auch, daß vor allem hochgebildete Intellektuelle das Land verlassen [cf. IOM 1997b:131f]. Zwar beklagen Regierungsbeamte offiziell diesen "Brain Drain" [ibid.], Landeskenner gehen jedoch davon aus, daß diese illegale Arbeitsmigration von der ukrainischen Regierung dennoch stillschweigend toleriert (wenn nicht sogar unterstützt) wird, da diese Bevölkerungsgruppe zu den ganz wenigen gehört, die Devisen aus dem Ausland zurück in die Ukraine schicken. Solche Devisen aber, die von den Angehörigen in der Ukraine ausgegeben und in Umlauf gebracht werden - vorausgesetzt es geschieht außerhalb der Schattenwirtschaft- sind für den weiteren Aufbau des Landes von großer Bedeutung<sup>40</sup>.

---

<sup>37</sup>Dies ist auch ein wichtiger Grund, warum unter den 'illegalen' Migranten ein bemerkenswert hoher Anteil hochqualifizierter Akademiker sind, die lieber in Deutschland auf dem Bau als Hilfsarbeiter arbeiten, als sich in der Ukraine in Schulen, Krankenhäusern und Universitäten ohne Bezahlung abzumühen.

<sup>38</sup>Hierbei ist es normales Geschäftsgebaren in der Ukraine, daß man diesen Dienst auch in Anspruch nehmen kann, obwohl man kein Geld hat. Wer zum Beispiel einen guten Job will, z.B. als Arzt in einem Krankenhaus oder Lehrer an einer guten Schule, kann sich beim Chefarzt oder Schuldirektor 'vorverschulden' mit der Auflage, diese Schulden vom ersten selbstverdienten Gehalt abzustottern. Solche Vorverschuldungen liegen durchaus im Bereich von mehreren tausend US-\$. Ähnlich kann man sich gegenüber Arbeits- und Migrationsvermittlungsagenturen 'vorverschulden'. Die 'Angebote' und Dienstleistungen der Schattenwirtschaft machen die Ukraine auch zu einem bevorzugten Transitmigrationsland von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten aus aller Welt. Auch hier gibt es keine verlässliche Zahlen, allerdings weisen die Aufgriffszahlen solcher Migranten von Jahr zu Jahr steigende Tendenzen auf [IOM 1997b:135, IOM 1997a:99-101 und FFM:40-43]. Zu den Aktivitäten der halblegalen und kriminellen Schlepperorganisationen cf. BND, Kapitel über Ukraine und Belentschikow, v. a. S. 104-107.

<sup>39</sup>Zu den Emigrationsbewegungen kommen aber auch starke Immigrationsbewegungen, z.B. von Ukrainern, die aus anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion in die Ukraine zurückkehren oder den Krimtataren, die unter Stalin deportiert wurden. Daneben gibt es in der Ukraine starke innerstaatliche Migrationsbewegungen, z.B. die Stadt-Landflucht (s.o. 3.3). Zunehmend entziehen sich aber die Bürger einer (staatlichen) Registrierung, etwa weil sie in der Schattenwirtschaft tätig sind oder weil sie auf eine behördliche Registrierung am (neuen) Wohnort deshalb verzichten, um dadurch der Steuerpflicht zu entkommen. Die Vermutung, daß der Staat den Überblick über die Bevölkerungsbewegungen im eigenen Land verloren hat, ist deshalb von einer gewissen Plausibilität [cf. FFM:115].

<sup>40</sup>In Polen ergaben Berechnungen, die auf der Grundlage von Daten, die unter Arbeitsmigranten erhoben wurden, folgendes: "In 1995, there was a net inflow of German direct investment into Poland of about DM 800 million. In the same (Fortsetzung...)"

## 6. LÖSUNGSPERSPEKTIVEN<sup>41</sup>

Angesichts einer derart komplexen Situation und dem schwierigen Zugang zu verlässlichen Daten ist es für Außenstehende nahezu unmöglich, prioritäre Schritte vorzuschlagen, die zu einer Verbesserung der Lage führen könnten. Einige Vorschläge scheinen dem Verfasser jedoch recht plausibel zu sein:

- Erste Priorität dürften Maßnahmen besitzen, die geeignet sind, das Ausmaß an Korruption in den Griff zu bekommen. Hierzu ist aber notwendig, daß polizeiliche Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung verbunden werden mit einer verlässlichen Auszahlung der Gehälter<sup>42</sup>.
- Sodann verweisen Wirtschaftsfachleute auf die Notwendigkeit einer kohärenten, transparenten und verlässlichen Gesetzgebung, vor allem im Besteuerungsbereich [z.B. OECD/FDI:34 und Pleines:11]. Würden solche Rahmenbedingungen gegeben sein, so wird geschätzt, daß 80-85% aller schattenwirtschaftlichen Transaktionen wieder in den Bereich der Legalität zurückgeholt würden- was wiederum enorme Auswirkungen auf die Steuereinnahmen des Staates hätte [cf. auch Kaufmann:5-7].
- Sodann wäre eine Politik zur Bekämpfung der wachsenden Armut ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Emigrationsbereitschaft: Die Armutsstudie der Weltbank (cf. 3.3) ergab, daß die weitaus überwiegenden 'Armutsfälle' der Erhebung sich knapp an der Armutsschwelle konzentrierten, d.h. mit einigen gezielten Maßnahmen dieses Level stark reduziert werden könnte [cf. Policy Options in HDR:3-3, 4-5 + 6-6].

Oft betonen westliche Staaten, wie wichtig ihnen eine unabhängige und stabile Ukraine ist: "Zwar vermeiden westliche Politiker, die Dinge laut beim Namen zu nennen, doch ist sowohl ihnen als auch Ukrainern und Russen klar: Eine stabile, souveräne Ukraine bietet eine Garantie gegen die Errichtung des Sowjet-Imperiums" [SZ 3.2.98].

Wie sehr die Souveränität der Ukraine durch die wirtschaftliche Misere gefährdet ist, machen die landesinternen Bestrebungen, auch auf Parlamentsebene, in Richtung einer stärkeren Union mit Rußland und Belorus deutlich, die in das Parlament zunehmend von den Gruppen eingebracht werden, deren Hauptrückhalt in den wirtschaftlichen schwachen Gebieten im Osten des Landes ist. Zwar wurde der russisch - ukrainische Nachbarschaftsvertrag nach langem Zögern inzwischen von der Duma in Moskau ratifiziert, allerdings nur, nachdem Kommunisten und Nationalisten ihn mit einem Zusatz dahingehend versehen hatten, daß das Vertragswerk nur so lange Gültigkeit habe, wie die Ukraine sich nicht um einen Beitritt in die

---

<sup>40</sup>(...Fortsetzung)  
year, Poland received about DM 700 million from income transfers made by Polish programme workers." [Hönekopp:19f].

<sup>41</sup>Zu Lösungsperspektiven, vor allem zur Begründung der nachfolgenden Vorschläge, siehe auch Anlage 3-9, vor allem Kapitel 4.2. ("Internationale Prävention von Illegalität und Kriminalität").

<sup>42</sup>Nach Aussagen von Gesprächspartnern des Verfassers hatten Wirtschaftsunternehmen eine Untersuchung durchgeführt, um herauszufinden, wie viel sie ihren einheimischen Angestellten zahlen müssen, damit sie für das Unternehmen und nicht für Dritte arbeiten würden. Das Ergebnis lag bei 700 US-\$/Monat. Diese Summe liegt zwar weit über dem Normalverdienst, der nominell zwischen 60-90 US-\$/Monat liegt, würde sich aber auf Dauer durchaus 'rechnen'.

NATO bemüht [SZ, 29.12.1998].

Die Isolierung des jungen Staates im Vorfeld der Europäischen Union, die sich an der polnischen Außengrenze zunehmend nach Osten abschottet [z.B. SZ 18.9.98], könnte als ein psychologisches Zeichen dafür verstanden werden, daß man die Ukraine und ihre Bürger im 'gemeinsamen Haus Europa' nicht haben wolle und somit ein weiterer Beitrag zur Beschleunigung der inneren Korrosion der Ukraine sein. Ebenso ist die Einstellung bestenfalls riskant, daß die Ukraine zunächst alleine ihre inneren Probleme (vor allem im Bereich der Verwaltung) bewältigen müsse, bevor ihr seitens der reichen Geberländer erneut, vor allem finanziell unter die Arme gegriffen wird [cf. Hoffmann/Siedenberg].

EIGENE BIBLIOGRAPHIE<sup>43</sup>

Belentschikow, V.: Migranten aus der ehemaligen UdSSR in Berlin 1990-1993. In: Marburger, H. (Hrsg): Ost-West-Migration. Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a. M., 1994.

Bundeskriminalamt: Interne Lageeinschätzungen und Länderberichte: Ukraine. Wiesbaden, 1996f.

Bundesnachrichtendienst: Illegale Migration, Az. 32F-0933/98. Pullach 17.4.1998.

Durdynets, V.: The Struggle against Official Corruption and Organized Crime in Ukraine. In: TOC 3/1997.

Fischer Weltalmanach 1999, Fischer TB, Frankfurt a. M., 1998.

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration: Ukraine - Vor den Toren der Festung Europas. Verlag der Buchläden Schwarze Risse - Rote Straße, Berlin, 1997.

HIZ (Handbuch für internationale Zusammenarbeit): Ukraine. Nomos Verlag, Baden-Baden, laufende Veröffentlichung. Zitate aus Lieferung 364 (Oktober 1997)

IOM (International Organisation for Migration), Regional Office for the Baltic and Nordic States (1997a): Irregular Migration in the CIS and the Baltic States. Helsinki.

IOM, Technical Cooperation Centre for Europe and Central Asia (1997b): CIS Migration Report 1996. Wien.

Hönekopp, E.: Labour Migration to Germany from Central and Eastern Europe - Old and new Trends. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, 1997.

Hoffmann, L./Siedenber, A.: Noch ist die Ukraine nicht gestorben. In: SZ 11.5.98.

Kaufmann, D.: Why Is Ukraine's Economy -and Russia's- not Growing?" In: Transition, April 1997.

Kuzio, T.: Crime Still Ukraine's Greatest Enemy. In: TOC 3/1997.

Landeskriminalamt Sachsen: Organisierte Kriminalität im Freistaat Sachsen - Lagebild 1996. Dresden, 1997.

Landeskriminalamt Sachsen: Organisierte Kriminalität im Freistaat Sachsen - Lagebild 1997. Dresden, 1998.

---

<sup>43</sup>Die bibliographischen Angaben und Abkürzungen in dieser Ausarbeitung können von der Bibliographie des Forschungsberichts abweichen.

Lohmann, M.: Das ukrainische Parteienspektrum und die Wahlen in der Ukraine vom 29. März 1998. In: HIZ, Ukraine, Juli 1998.

Müller, J.: Armut. In: Lexikon der Bioethik, Bd. 1, hg. von W. Korff u. a. im Auftrag der Görres-Gesellschaft, Gütersloh, 1998.

OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development): Foreign Direct Investment in Ukraine (FDI). Paris 1997, Dokument Nr. OCDE/GD(97)166.

OECD: Statistics in Transition (ST). Paris 1997, Dokument Nr. OCDE/GD (97)26.

Paoli, L.: The Integration of the Italian Crime Society. In: TOC 1/1997.

Pikhovshek, V.: Fighting Corruption, 'Conflict of Interests' and the Ukrainian Law. In: TOC 3/1997.

Pleines, H: Ukraine's Organized Crime Is an Enduring Soviet Legacy. In: Transition, März 1996.

Rasumkow, O.: Die wirtschaftliche und politische Lage in der Ukraine. In: HIZ, Ukraine, Oktober 1997.

Roth, J.: Die Russenmafia. Ullstein, Berlin, 1997.

Schilow, K.: Hintergrundinformationen zu Ukraine. Unveröffentlichtes Manuskript, Leipzig, 1997.

Shelley, L.: Organized Crime and Corruption: Security Threats. In: TOC 3/1997.

SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik): Die Ukraine zwischen Transformation und Selbstblockade. Ebenhausen, 1998, Dokument Nr. SWP-AP 3058.

Transition: Monatszeitschrift. Herausgeber: OMRI, Na Strzi 63, 14062 Prague, Czech Republic.

TOC (Trends in Organized Crime): Vierteljahreszeitschrift. Herausgeber: Transaction Periodicals Consortium with the National Strategy Information Center. 1730 Rhode Island Avenue, NW, Suite 500, Washington DC, USA.

UCPCCRS (Ukrainian Center for Peace, Conversion and Conflict Resolution Studies): Socio-economic Condition of Population and Potential of Conflicts in Ukraine), Internetausgabe.

United States of America, Embassy in Ukraine: Crime and Safety Report 1997+1998. Internetausgabe.

UNDP (United Nations Development Programme): Bericht über die menschliche Entwicklung. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn, 1996ff.

UNDP: Human Development Report Ukraine 1996 (HDR). Kiew, Internetausgabe.

Warner, T.: Mixing Biznes and Politics in Transcarpathia. In: Transition, Januar 1998.

Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1997. UNO Verlag, Bonn, 1997.

#### EINIGE INTERNETADRESSEN:

##### Institutionen:

OECD in Figures: [www.oecd.org/publications/figures/Index.html](http://www.oecd.org/publications/figures/Index.html).

OECD-Zentrum für die Kooperation mit Nichtmitgliedern (CCNM) - Ukraine:

[www.oecd.org/sge/ccnm/programs/ukraine/ukraine.htm](http://www.oecd.org/sge/ccnm/programs/ukraine/ukraine.htm).

UCPCCRS: [www.public.ua.net/~potekhin/ucpcrs/ucpcrs.htm](http://www.public.ua.net/~potekhin/ucpcrs/ucpcrs.htm).

US-Botschaft in Kiew: [www.usemb.kiev.ua/crime.html](http://www.usemb.kiev.ua/crime.html).

UN-System in Ukraine: [www.un.ua.kiev/un3\\_body.htm](http://www.un.ua.kiev/un3_body.htm).

UNDP in Ukraine/Human Development Report 1996:

[www.kiev.ua/UNonLine/hdr96/hdr.ind.html](http://www.kiev.ua/UNonLine/hdr96/hdr.ind.html).

##### Zeitschriften/Periodika

Kyiv Post: [www.thepost.kiev.ua/fmain.shtml](http://www.thepost.kiev.ua/fmain.shtml).

Ukraine Weekly: [www.ukrweekly.com](http://www.ukrweekly.com).

Transition: [www.omri.cz/transitions/index.htm](http://www.omri.cz/transitions/index.htm).